



## **Neoliberale Geopolitik** Transatlantische Konzepte zur militärischen Absicherung der Globalisierung

*Jürgen Wagner*

Zwei eng miteinander in Verbindung stehende Phänomene prägen die internationalen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges: Zum einen die fortschreitende Globalisierung in Gestalt einer Ausweitung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung und zum anderen ein sich beschleunigender Trend zu westlichen Militärinterventionen. Dieser Artikel soll aufzeigen, dass und inwieweit sich diese beiden Phänomene gegenseitig bedingen. Dabei wird argumentiert, dass die wachsenden Widersprüche neoliberaler Politik sich in Form zunehmender Konflikte in und mit Ländern der Peripherie ausdrücken. Dies erfordert aus Sicht westlicher »Sicherheitspolitiker« zwingend den Übergang zu einer immer militaristischeren und letztlich offen neokolonialen Politik, da weder die USA noch die Länder der Europäischen Union zu einer grundsätzlichen Beendigung bestehender Ausbeutungsverhältnisse bereit sind. Dies schlägt sich in einer radikalen Transformation westlicher Militärstrukturen nieder, dem augenblicklich sichtbarsten Ausdruck für einen grundlegenden Wandel im »Muster staatsgeleiteter Liberalisierung. Die ökonomischen Axiome der Strukturanpassung, der finanzpolitischen Austerität und des Freihandels sind jetzt, so scheint es, um die direkte Anwendung militärischer Gewalt ergänzt worden.«<sup>1</sup>

Im Folgenden werden die zentralen Merkmale dieses westlichen Globalisierungsinterventionismus herausgearbeitet, der sich mit dem Begriff »Neoliberale Geopolitik« treffend beschreiben lässt. Begründet wie auch legitimiert wird diese Politik derzeit über eine verquerere, aber Kapitalinteressen äußerst dienliche Sicherheits- und Bedrohungsanalyse, die nicht nur in den USA, sondern auch in Europa den Strategiediskurs dominiert und zynischerweise zusätzlich noch als einzig effektive Form der Armutsbekämpfung verkauft wird. Da hiermit aber lediglich versucht wird, ein System zu stabilisieren, das permanent zur Eskalation von Krisen und Konflikten führt, soll aus diesem Grund abschließend eine alternative Sichtweise präsentiert werden, die zum Ziel hat, die gängige sicherheitspolitische Bedrohungsanalyse vom Kopf auf die Füße zu stellen.

### **1. Neoliberalismus als transatlantische Ideologie**

Die Tatsache, dass die Globalisierung häufig wertfrei als zwangsläufiger Prozess zunehmender internationaler Verflechtung verstanden wird, verfehlt den tatsäch-

lichen Gehalt dieser Entwicklung. Denn worum es wirklich geht, ist die gezielte politische Umsetzung einer Strategie, die auf eine maximale Durchsetzung der Marktkräfte setzt und damit nur als neoliberale Globalisierung zu beschreiben ist.<sup>2</sup> Als wesentliche Mittel hierfür fungieren Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel, welche von den westlich dominierten Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO durchgesetzt werden. Obwohl inzwischen wohl jedem bekannt sein dürfte, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat,<sup>3</sup> ist der Neoliberalismus weiterhin das ideologische Fundament amerikanischer wie auch europäischer Strategiepapiere, eben weil er ein geeignetes Mittel zur Ausbeutung der Dritten Welt darstellt.

So propagiert George W. Bush im Vorwort der amerikanischen *Nationalen Sicherheitsstrategie* vom September 2002, es gebe nur »ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.«<sup>4</sup>

Auch die Europäische Union setzt außenpolitisch voll auf neoliberale Politiken, wie sich beispielhaft anhand des EU-Verfassungsvertrags zeigen lässt, dessen allgegenwärtige Diskrepanz zwischen hehren Zielen und neoliberalen Mitteln von Ulrich Duchrow folgendermaßen zusammengefasst wird: »Zwar wird hier als Hauptziel ›die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut‹ festgestellt (III.218). Die Erreichung dieses Hauptziels kann aber nur scheitern, wenn man die zwei fundamentalen Widersprüche ins Auge fasst, die ihm im Rahmen dieser Verfassung entgegenstehen. Der erste besteht in der überragenden, die ganze Verfassung durchziehenden Priorität der Liberalisierung. Denn die Entwicklung von schwächeren Ländern im Rahmen der Weltwirtschaft kann nur mit Hilfe von Schutzmaßnahmen der eigenen Wirtschaft gelingen. Das ist eine Binsenweisheit, die in der Geschichte des Kapitalismus hundertfach belegt werden kann. Der zweite Widerspruch besteht darin, dass die Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Artikel III.218 ausdrücklich an die Politik der zuständigen internationalen Organisationen gebunden wird, d.h. u.a. an IWF, Weltbank und WTO. Auch hier ist empirisch feststellbar, dass deren Politik Armut schafft, statt sie zu beseitigen.«<sup>5</sup> Trotz dieser Binsenweisheit wird augenblicklich ausgerechnet von Vertretern der Wirtschaft die Ausweitung und militärische Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zu einem entwicklungspolitischen Projekt erhoben.

## 2. Die moralisch-militärische Flankierung westlicher Profitinteressen

Da Konflikte sich negativ auf die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Kapitalinvestitionen und die daraus resultierenden Profitmöglichkeiten auswirken, ist westlichen Großkonzernen (meist) an deren Vermeidung gelegen: »Die unter der Führung der internationalen Wirtschaftsinstitutionen vorangetriebene ›Globalisierung‹ hat dem Finanzkapital neue Horizonte eröffnet, doch macht sie auch den Schutz und die Sicherheit der ›Eigentumsrechte‹ auf natürliche Ressourcen, auf Land, aber auch der Finanztitel (Aktien, Obligationen, Schuldtitel) notwendig.«<sup>6</sup> Diese Überlegung verbirgt sich nicht selten hinter dem Diktum der »gescheiterten Staaten« (failed states), denen mittels westlichen Militärs »Stabilität« und »Demokratie« beigebracht werden müsse.

Hin und wieder wird diesbezüglich auch von Seiten der Herrschenden Klartext geredet, in diesem Fall von der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ): »Die zunehmend globalisierte Welt ist anfällig geworden gegenüber unbeabsichtigten Störungen. Dies hat wieder zur Folge, dass Konflikte und Kriege an Orten, die vergleichsweise weit entfernt liegen, ein Spill-over-Potenzial auch auf Wohlstands- und Friedensregionen der Welt besitzen. Da im Rahmen der Globalisierung Grenzen und Schutzwälle abgebaut wurden, liegt es nunmehr an den einzelnen Akteuren der Weltpolitik [...], die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um ein derartiges Überschwappen von Konflikten auf sonst konfliktfreie Zonen zu verhindern. Zu diesen Maßnahmen gehört auf jeden Fall auch die Option, im Bedarfsfall auf Streitkräfte und damit auf gewaltsame Mittel zurückgreifen zu können.«<sup>7</sup>

Entlarvend und richtungsweisend waren diesbezüglich die Ausführungen während der NATO-Sicherheitskonferenz Anfang 2005 in München. Dass auf der Tagung neben dem Ex-IWF-Chef und heutigen Bundespräsidenten Horst Köhler der damals frisch gewählte Vorsitzende des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), Jürgen R. Thumann, die wichtigsten Impulse setzte, ist bezeichnend. Ganz im Sinne des EU-Verfassungsvertrages werden die Auswirkungen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung auf perfide Weise verdreht: »Es liegt im Grundinteresse eines jeden funktionierenden Staates, der Privatwirtschaft breite Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Handel ist die beste Hilfe zur Selbsthilfe«, äußerte sich Köhler. »Zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung besteht ein Zusammenhang. Das ist fast schon eine Binsenweisheit. Ohne Sicherheit kann es keine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung geben.



Umgekehrt zeigt die Erfahrung auch, dass anhaltende Armut breiter Bevölkerungsschichten die staatliche Stabilität bedrohen kann.«<sup>8</sup>

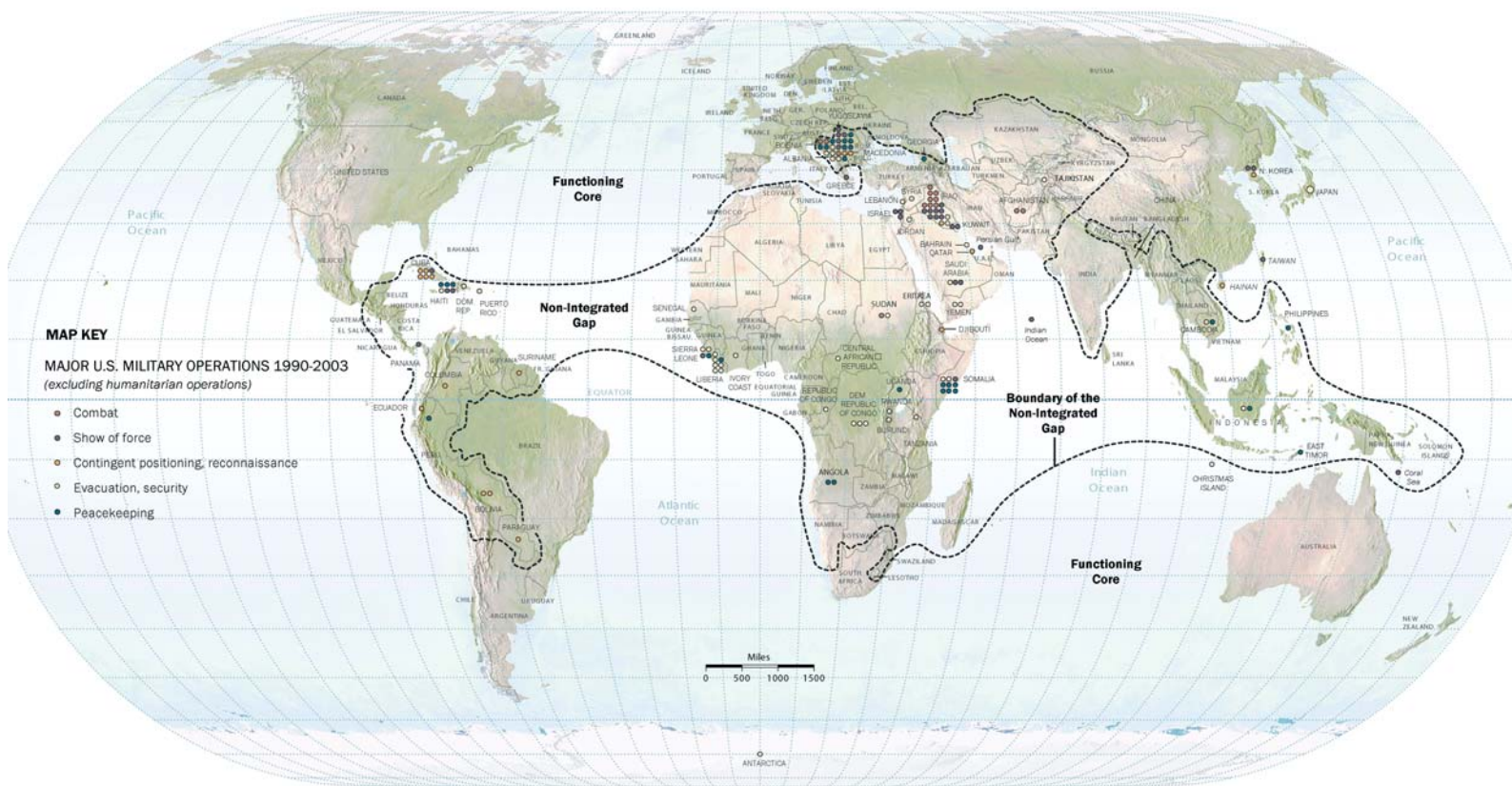
Einen Tag vor der Tagung fand die 1. Finanzierungskonferenz Nordafrika Mittelost im Rahmen der Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI) mit dem bezeichnenden Titel »Mehr Sicherheit durch Investitionen« statt. Dieser Titel wurde laut BDI-Erklärung gewählt, »weil spezifische Sicherheitsrisiken und politische Unsicherheiten Handel und Investitionen in der Region Nordafrika und Mittelost behindern«, weshalb die NMI-Tagung laut Veranstalter auch bewusst an die Sicherheitskonferenz angekoppelt wurde.<sup>9</sup> Dort, wie auch auf der eigentlichen Münchner Sicherheitskonferenz, ging es primär darum, die Forderung nach einer Absicherung westlicher Profitinteressen und die Herstellung eines investitionsfreundlichen Umfeldes zu einer militärischen Aufgabe zu machen: »Zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Sicherheit gibt es eine klare Wechselwirkung«, so BDI-Chef Jürgen Thumann. »Investitionen in Entwicklungsländern schaffen Jobs und Einkommen. [...] Dort wo unsere Un-

ternehmen aktiv sind, stärken sie die Wirtschafts- und Finanzstrukturen. Aber die Wirtschaft braucht sichere Rahmenbedingungen. Mangelnde Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit machen Investitionen schwer verantwortbar.« Thumann kommt dann auch folgerichtig zu dem Ergebnis: »Die Grundhypothese ›ohne Entwicklung keine Sicherheit‹ stellt sich häufig genau anders herum dar. ›Ohne Sicherheit keine Entwicklung‹.«<sup>10</sup> Ohne militärischen Stabilitätsexport mitsamt anschließender Etablierung neoliberaler Systeme sei also keine Bekämpfung der Armut möglich, so die These. Auch die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) stellt zwar fest: »Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegen sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.« Die entscheidende Frage ist aber, wie aus diesem Teufelskreis ausgebrochen werden kann: »Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung.« (ESS: S. 2)

Aus dem Bestreben, militärisch die Realisierung von Profitinteressen zu garantieren, wird somit schamlos

ein entwicklungspolitisches Projekt gemacht, indem der Neoliberalismus als die Lösung, nicht als das Problem der Dritten Welt dargestellt wird. Dies führt zu der »logischen« Schlussfolgerung, dass die militärische Erweiterung und Absicherung, nicht die Abkehr von diesem System, das Gebot der Stunde sei. Tatsächlich geht mit der zunehmenden Interdependenz im Zuge der Globalisierung eine Erweiterung staatlich-privatwirtschaftlicher Interessen einher, die es gegen Bedrohungen jedweder Art zu »verteidigen« gilt: »Die Globalisierung verändert also die traditionellen Ansätze im Bereich der Sicherheit grundlegend. Als Folge davon bedeutet inzwischen die Sicherheit einer Nation nicht mehr nur die Unverletzlichkeit ihres Territoriums, wie es seit Jahrzehnten der Fall war, sondern ebenfalls die Lebensfähigkeit – das reibungslose Funktionieren – ihrer globalen Systeme.«<sup>11</sup> Dies erfordert den militärischen Schutz westlicher Profitinteressen, aber auch von entsprechenden vitalen Ressourcen und Handelswegen. Bundespräsident Horst Köhler fasste dies zusammen, indem er forderte, dass »der Sicherheitsbegriff wesentlich umfassender« verstanden werden müsse. Es gehe heute

## The Pentagon's New Map: War and Peace in the Twenty-First Century



Response data source: U.S. Military Services via  
Dr. Henry Gaffney Jr. / The CNA Corporation

© 2003 by William McNulty.  
Reprinted by permission of G.P. Putnam's Sons and Thomas P.M. Barnett.

um »einen stärkeren Einstieg in die Gestaltung der Globalisierung.«<sup>12</sup>

Die gesamte Argumentation, man müsse die Menschen der Dritten Welt militärisch aus ihrer angeblich selbstverschuldeten Lage »befreien«, wird derzeit wesentlich aus der Theorie der »Neuen Kriege« abgeleitet, die westlichem Überlegenheitsdenken einen quasi-theoretischen Unterbau verleiht.

### 3. Liberaler Imperialismus und die Theorie der Neuen Kriege

Die Theorie der »Neuen Kriege«, deren führende Vertreter Mary Kaldor und Herfried Münkler sind, besagt im Kern, dass klassische zwischenstaatliche Kriege (weitgehend) der Vergangenheit angehören. An ihre Stelle sei aber eine rasant steigende Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte getreten, die primär endemische Ursachen hätten. Regionalspezifische Umstände, seien es ethnische oder religiöse Rivalitäten, Stammesfehden o.ä. seien ihre hauptsächlichen Triebfedern, die letztlich zur Erosion jeglicher Ordnung und damit zu »gescheiterten Staaten« (failed states) führen.<sup>13</sup>

Mit diesem Konstrukt stellt sich erst gar nicht mehr die Frage, ob und inwieweit der »Westen« bzw. seine Politik eine erhebliche Verantwortung für diese Konflikte trägt. Im Gegenteil, damit diese Staaten ihre

angeblich selbstverschuldeten Konflikte dauerhaft beilegen können, seien sie, so Münkler, »auf den Import von Staatlichkeit angewiesen«.<sup>14</sup> Da die Länder der Dritten Welt selbst nicht in der Lage seien, ihrer Gewaltexistenz zu entkommen, ergibt sich hieraus geradezu eine moralische Pflicht zur militärischen Intervention, um ihnen die Segnungen des offensichtlich überlegenen westlichen Gesellschaftsmodells zuteil werden zu lassen. Mit diesem Konstrukt wird versucht, die westliche Kriegspolitik vollständig ihres interessengeleiteten Charakters zu entkleiden, wenn zum Beispiel der Soziologe Ulrich Beck angibt, es entstehe »eine neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus – des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen.«<sup>15</sup>

Damit liefert die Theorie der neuen Kriege den legitimatorischen Hintergrund für den von den USA und der EU gleichermaßen betriebenen liberalen Imperialismus: »Ein ›liberaler Imperialist‹ ist jemand, der glaubt, dass in einem mörderischen, fehlgeschlagenen Staat die Ordnung langfristig nur durch eine Intervention wiederhergestellt werden kann, bei der liberale Werte wie Toleranz, Pluralismus und Demokratie durchgesetzt werden. [Dies erfordert] solche Staaten

in der Rolle eines wohlwollenden Diktators zu kontrollieren, bis die örtlichen Gruppen fähig und willens sind, von sich aus im Einklang mit diesen Werten zu handeln.«<sup>16</sup>

Zusätzlich zu dieser moralischen Legitimation westlicher Kriegspolitik wird derzeit versucht, die Ausbreitung und Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung auch noch als sicherheitspolitische Notwendigkeit zu verkaufen. Zwar ist tatsächlich genau das Gegenteil der Fall, dennoch steht dieser Gedankengang im Mittelpunkt der strategischen Überlegungen auf beiden Seiten des Atlantiks, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

#### **4. Militärische Absicherung der Globalisierung 1: Vereinigte Staaten**

Der derzeit mit Abstand wichtigste Vordenker neoliberaler Geopolitik ist Thomas P. Barnett, dessen Konzept nicht von ungefähr in enger Abstimmung mit der Wall Street-Firma Cantor Fitzgerald entwickelt wurde, um »besser zu verstehen, wie die Globalisierung Amerikas Definition nationaler Sicherheit verändert«.<sup>17</sup>

Für ihn bedeutet Sicherheitspolitik im Zeitalter der Globalisierung, der so genannten Bedrohungstriade frühzeitig militärisch zu begegnen. Diese bestehe aus dem Zusammenspiel zwischen der wachsenden Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, dem Scheitern staatlicher Systeme und daraus resultierend der Zunahme des Terrorismus.<sup>18</sup> Entscheidend ist, dass diese Bedrohungen laut Barnett ausschließlich in Ländern der sich »nicht-integrierenden Lücke« auftreten, die »weitgehend abgekoppelt von der globalen Ökonomie« und deren »Spielregeln« seien. »Es ist diese Isolierung, die eine Gefährdung definiert. [...] Somit ist die Ausmerzung dieser Abkoppelung die zentrale sicherheitspolitische Aufgabe unserer Zeit.«<sup>19</sup> Der Pentagon-Strategie lässt dabei keinerlei Zweifel aufkommen, dass die globale Ökonomie neoliberalen Spielregeln folgt, wenn er schreibt, es gehe für die USA darum, die »Rolle als Systemadministrator hinsichtlich der ökonomischen Globalisierung wahrzunehmen. Damit meine ich, dass Amerika die Führung bei der Verkündung des umfassenden ökonomischen Regelsystems übernommen hat, das den Fortschritt der Globalisierung seit den 1990ern anleitet und das auch unter dem Begriff des Washingtoner Konsens bekannt ist. [...] Amerika muss nun einen Gang zulegen und eine ähnliche Rolle als Systemadministrator im Bereich der Sicherheit spielen.«<sup>20</sup>

Hieraus leitet Barnett die sicherheitspolitische Notwendigkeit ab, Staaten in der sich »nicht-integrierenden Lücke«, die sich nicht in das Schema neoliberaler

Globalisierung einpassen (lassen), militärisch einzugliedern: »Wo also soll die nächste Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs stattfinden? Das Muster, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgeschält hat, legt eine einfache Antwort nahe: in der Lücke. [...] Wenn wir die militärischen Reaktionen der Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges auf einer Karte einzeichnen, dann konzentrieren sie sich ganz überwiegend auf Weltgegenden, die nicht zum wachsenden Globalisierungs-Kern zählen. [...] Ziehen wir eine Linie um die Mehrzahl dieser militärischen Einsatzorte, haben wir im Grunde genommen die nicht-integrierte Lücke kartographiert. [...] In Anbetracht der Daten lässt sich allerdings kaum die grundlegende Logik des Bildes leugnen: Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele der Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich größere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen dorthin entsenden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen oder eine Bedrohung zu beseitigen.«<sup>21</sup> Dass sich bei genauerer Betrachtung der Großteil der Welt innerhalb von Barnetts »Lücke« wiederfindet – wobei Russland und China von ihm als unsichere Kantonisten bezeichnet werden, die jederzeit wieder in die Lücke zurückfallen können – zeigt buchstäblich die Beschränktheit seines Weltbildes (siehe Grafik).

Aufgrund der postulierten sicherheitspolitischen Kausalkette wird die Eingliederung von Staaten in die neoliberale Weltwirtschaftsordnung somit zu einer militärischen Aufgabe, einem sicherheitspolitischen Imperativ. Hiermit geht eine erhebliche Neudefinition sicherheitspolitischer Erfordernisse einher, denn »eine Abkoppelung von den globalen Systemen wird per se als Bedrohung definiert. Die Antwort neoliberaler Geopolitik hierauf ist wiederum, so scheint es, eine Wiedereingliederung zu erzwingen.«<sup>22</sup>

Welch eine elementare Rolle dabei das Militär als Schutzmacht der neoliberalen Globalisierung spielt, hat niemand deutlicher formuliert als ihr größter und bekanntester Apologet, der ehemalige Albright-Berater und heutige Chefkolumnist der New York Times, Thomas Friedman. Für ihn beruht die Globalisierung »auf der Macht der USA und ihrer Bereitschaft, sie gegen jene einzusetzen, die das globalisierte System bedrohen – vom Irak bis Nordkorea. Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne eine unsichtbare Faust nicht arbeiten. McDonald's kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, die für die US Air Force die F-15 bauen. Die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die

Technologie des Silicon Valley blüht, besteht aus dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und der Marineinfanterie der Vereinigten Staaten.«<sup>23</sup> Offensichtlich ist die militärische Abstrafung von Staaten, die sich auf die eine oder andere Weise nicht dem von den USA vorgegebenen Schema der Globalisierung unterwerfen, integraler Bestandteil neoliberaler Geopolitik. Mit dem Angriffskrieg gegen den Irak wurde hierfür ein Exempel statuiert, wie Barnett ausführt. Er bezeichnet die US-Aggression als »historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift«.<sup>24</sup>

Der Einfluss, den Barnett mit seinem Konzept auf den US-amerikanischen Sicherheitsdiskurs bis hin zur konkreten Streitkräfteplanung ausübt, ist schwerlich zu überschätzen. So schreibt etwa der demokratische US-Senator Joseph Lieberman: »Die anzustrebende Politik für eine sicherere Zukunft ist deshalb, die Länder außerhalb des globalen ökonomischen Netzwerks zu integrieren, in denen anderenfalls islamische Terroristen – unsere gefährlichsten Feinde – heranwachsen werden. [...] Wenn Staaten einmal mit den globalen Finanz-, Handels- und Technologieströmen verbunden sind, wird Krieg zu verheerend, so dass rationale Staatenlenker ihn vermeiden.«<sup>25</sup>

Barnett hatte lange seinen wichtigsten Förderer in dem im November 2005 verstorbenen Arthur K. Cebrowski, der ihm auch bereits im März 2002 ein – ungewöhnlich langes – Briefing der Pentagon-Spitze um Donald Rumsfeld und (damals noch) Paul Wolfowitz verschaffte.<sup>26</sup> Cebrowski wurde 2001 von Rumsfeld zum Chef des Office of Force Transformation ernannt, womit er praktisch mit der Umstrukturierung des US-Militärs für die »Aufgaben des 21. Jahrhunderts« betraut wurde. Da Cebrowski selbst angab, er beziehe sich in seiner Arbeit primär auf Barnetts Analysen,<sup>27</sup> überrascht es nicht weiter, dass sich ihre Ausführungen wie ein Ei dem anderen gleichen: »Es gibt viele Nationen, die innerhalb der Globalisierung funktionieren. Das sind die Staaten, die die Regeln akzeptieren«, so Cebrowski. »Wer die Globalisierung bekämpft, wer die Regeln zurückweist [...] wird möglicherweise das Interesse des amerikanischen Verteidigungsministeriums auf sich ziehen.« Für ihn muss das US-Militär folgerichtig künftig ebenfalls als »Systemadministrator« der Globalisierung fungieren.<sup>28</sup>

Die Frage, wie sich angesichts dieser aggressiven Strategie das Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Großmächten gestalten soll, beantwortet Barnett kurz und bündig mit einem Verweis auf Thukydides: »Was gibt Amerika das Recht, solche Entscheidungen zu treffen? Die einfachste Antwort ist, dass »Macht

macht Recht«. [...] Wenn andere Mächte ein größeres Mitspracherecht darüber haben wollen, wie wir unsere Macht ausüben, müssen sie schlicht mehr für die Rüstung ausgeben.«<sup>29</sup> Europas Eliten haben sich dies zu Herzen genommen, weshalb diese spezielle Form einer nationalen (Un)Sicherheitsstrategie tragischerweise auch zunehmend den Diskurs auf der anderen Seite des Atlantiks dominiert.

## 5. Militärische Absicherung der Globalisierung 2: Europäische Union

Wie bereits eingangs erwähnt, kommt die Europäische Sicherheitsstrategie, sowohl, was die Bedrohungsanalyse als auch die hieraus abgeleiteten sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen anbelangt, zu denselben Ergebnissen wie ihr US-amerikanisches Pendant, da sie ebenfalls die Bedrohungstriade ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt: »Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente – extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt – ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernstesten Bedrohung ausgesetzt sein könnte.« (ESS: S. 5) Wenn man sich auch scheut, das Kind direkt beim Namen zu nennen, leitet die ESS hieraus dennoch, wiederum analog zur US-Doktrin, die Notwendigkeit und das Recht zur Führung von Präventivkriegen ab: »Beide Konzeptionen decken sich [...] in der Aussage, dass das Prinzip der Abschreckung unter diesen neuen strategischen Rahmenbedingungen nur noch sehr bedingt funktioniert. Vielmehr müsse über neue aktivere Formen der Sicherheitspolitik nachgedacht werden.«<sup>30</sup> Ähnlich argumentiert Herfried Münkler, der angibt, dass die »Ausbildungslager und Rückzugsgebiete [von Terroristen] vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. [Weshalb] es in einer globalisierten Welt keine Regionen mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.«<sup>31</sup>

Entscheidend ist, welches Weltbild sich hinter der Europäischen Sicherheitsstrategie verbirgt. Sie basiert im Wesentlichen auf einem Entwurf von Javier Solanas Büroleiter Robert Cooper,<sup>32</sup> der folgende Strategie empfiehlt: »Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Diese Institutionen bieten Staaten, die

ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitragen.«<sup>33</sup> Dieses kaltschnäuzige Bekenntnis zur neoliberalen Globalisierung mitsamt ihren katastrophalen Konsequenzen wird vom zweiten Bestandteil ergänzt, der sich mit ihrer militärischen Absicherung befasst: »Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.«<sup>34</sup>

In diesem Punkt befinden sich die Vordenker transatlantischer Sicherheitspolitik auf derselben Wellenlänge, da offensichtlich Coopers »Dschungel« und Barnetts »Lücke« ein und dasselbe sind: »Kurz gesagt, wenn wir die Lücke überqueren, betreten wir ein Universum, das nach anderen Spielregeln funktioniert«, schwadroniert Barnett in enger Anlehnung an Coopers doppelte Standards. »Wir werden notwendigerweise zwischen unserer Rolle für die Sicherheit innerhalb der aufkeimenden Sicherheitsgemeinschaft innerhalb des Kerns und der unterscheiden, die uns erwartet, wann immer wir militärisch in der Lücke intervenieren. Zwei unterschiedliche Regelsätze für diese verschiedenen Sicherheitsrollen anzustreben, ist nicht heuchlerisch, sondern ehrlich.«<sup>35</sup> Kein Wunder, dass Coopers Konzept von amerikanischer Seite her explizit begrüßt wird: »Coopers Argument richtet sich an Europa und ist richtigerweise verbunden mit der Aufforderung an die Europäer, ihre Verteidigungsfähigkeit »sowohl physisch als auch psychisch« nicht mehr zu vernachlässigen. Aber was Cooper wirklich beschreibt, ist nicht Europas Zukunft, sondern Amerikas Gegenwart. [...] Die USA handeln bereits gemäß dem doppelten Standard Coopers und auch genau aus den Gründen, weshalb er ihn vorschlägt. Die US-Führer glauben ebenfalls, dass globale Sicherheit und eine liberale Ordnung – ebenso wie Europas »postmodernes« Paradies – nicht lange überleben können, wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre Macht in die-

ser Hobbes'schen Welt, die außerhalb der Grenzen Europas immer noch gedeiht, benutzen.«<sup>36</sup> Selbst der Sprachgebrauch gleicht sich dabei immer weiter an, wenn etwa zwei Stanford-Professoren der Bush-Administration wohlwollend attestieren, sie bewege sich in Richtung »einer neuen Form internationaler Herrschaftsausübung, die als Neo-Treuhandschaft, oder provokanter, als postmoderner Imperialismus, bezeichnet werden könnte.«<sup>37</sup>

Coopers Forderung, dass Staaten, die sich nicht an die kapitalistischen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemaßregelt werden, findet sich auch in der ESS (S. 10): »Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt.« Solche Sätze sind als eindeutige Drohungen an all jene Länder zu verstehen, die Coopers Begeisterung für den »freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie« aus verständlichen Gründen nicht teilen. Wer nicht nach der europäischen Pfeife tanzt, dem wird offen gedroht, wie eine Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitsstrategie der damaligen rot-grünen Bundesregierung verdeutlicht: »Die ESS bleibt der Identität und den Werten der EU als »Macht des Rechts« treu. Sie unterstreicht gleichzeitig, dass die EU eine »Zivilmacht mit »Zähnen« ist – willens zu handeln, wenn Regeln gebrochen werden.«<sup>38</sup> Unerwähnt bleibt, dass diese Regeln von und für Europa aufgestellt und zurechtinterpretiert werden. Wer diese Regeln bricht, was von europäischer und US-amerikanischer Seite im Übrigen permanent geschieht, der verliert auch jeglichen Anspruch auf physische Unversehrtheit, völkerrechtsgemäße Behandlung usw. – so sehen doppelte Standards aus.

Der von Robert Cooper propagierte liberale Imperialismus steht dabei keineswegs im Widerspruch zu den USA, er ist lediglich Ausdruck des europäischen Abschieds aus dem »postmodernen Paradies«: »Robert Cooper hat die herrschende Meinung westlicher Sicherheitspolitiker über den Umgang mit fernen Chaoszonen auf den Punkt gebracht.«<sup>39</sup> Diese weitgehende Übereinstimmung erklärt auch die derzeit beobachtbare Renaissance des Imperialismusbegriffs.

**Problemursache: Abwesenheit marktliberaler demokratischer Strukturen**



Schaubild I : Bedrohungsanalyse der europäischen und amerikanischen Sicherheitsstrategien

**6. Logische Konsequenz eines verqueren Denkens: Europas Imperium**

Parallel zu dem global reklamierten Geltungsanspruch westlicher Ordnungsvorstellungen wird in den USA inzwischen die Errichtung eines amerikanischen Imperiums und, damit verknüpft, die Verfolgung einer imperialen Strategie, von wichtigen Mitgliedern des außenpolitischen Establishments als *conditio sine qua non* amerikanischen Wohlstands, aber vor allem auch amerikanischer Sicherheit, propagiert.

Gleichzeitig wird dieser Neokolonialismus als Segen für die Dritte Welt verkauft, wie etwa von dem einflussreichen Neokonservativen Max Boot: »Afghanistan und andere unruhige Gebiete schreien heute nach der Art aufgeklärter ausländischer Verwaltung, die einstmals von selbstbewussten Engländern in Reiterhosen und Tropenhelmen bereitgestellt wurde.«<sup>40</sup> Die Antwort, was dies im Klartext bedeutet, bleibt er keineswegs schuldig: »Aufgrund der historischen Belastung des Begriffs ›Imperialismus‹ gibt es für die US-Regierung keine Notwendigkeit, ihn zu übernehmen. Aber er sollte definitiv die Praxis bestimmen.« Für den Irak bedeute dies, »Eigentumsrechte, Rechtssicherheit und andere Garantien durchzusetzen, wenn

es sein muss mit Waffengewalt.«<sup>41</sup>

Die zuvor beschriebenen gravierenden Überschneidungen der sicherheitspolitischen Analysen wie auch Schlussfolgerungen geben nicht viel Anlass zur Hoffnung, dass Europa auf die Ausübung imperialer Politik verzichten wird. Zumindest nicht, wenn die derzeit dominierende verquere Logik weiter den sicherheitspolitischen Diskurs bestimmt. Denn wer nicht bereit ist, die mit heutigen Konflikten elementar zusammenhängende Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen, dem wird wenig anderes übrig bleiben, als diese mittels imperialer Politik abzusichern.

Dementsprechend wird, wie etwa im European Defence Paper (EDP), immer unverhohlener die weltweite Übernahme westlicher Ordnungsvorstellungen gefordert, indem man nur wenig verschleiert auf die Einhaltung »universell akzeptierter Normen und Werte« pocht. Generell ziele europäische Außenpolitik auf »die Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung.« Dies wird inzwischen explizit zu einer militärischen Aufgabe erhoben, die folgende »Missionen« beinhaltet: »Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen.«<sup>42</sup>

Wenn Linksliberale wie Jürgen Habermas oder Mary Kaldor von der Notwendigkeit einer militärisch zu bewerkstellenden kosmopolitischen Rechtsdurchsetzung reden, machen sie sich lediglich zum Steigbügelhalter westlicher Interessenpolitik. Wie im klassischen Kolonialismus wird hinter moralischen Floskeln letztlich imperiale Politik gefordert und betrieben. »Was wäre schlecht an einem neuen Imperium?«, so die inzwischen häufig gestellte Frage, hier vom Chefkolumnisten der Welt am Sonntag, der die moralisch-sicherheitspolitisch legitimierte Ausweitung der europäischen Einflusszone sogar zu einem »Modernisierungsprojekt« hochstilisiert: »Wenn aber Europa seine imperiale Bestimmung realisiert, so ist eben diese Ausdehnung einerseits schlicht und einfach notwendige Bedingung seiner Sicherheit, andererseits ein zivilisatorischer Auftrag, der Europas müde Eliten neu beleben könnte.«<sup>43</sup>

Ganz offen wird inzwischen also auch in Europa versucht, dem Imperialismusbegriff eine positive Kon-

| Werteinteresse                          | Mission   |
|---|---|
| Internationaler Friede und Sicherheit   | Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung internationalen Rechts   |
| Universell akzeptierte Normen und Werte | Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen |

Quelle: Dumoulin u.a. 2004, S. 13



notation beizumischen, wie sich anhand von Herfried Münklers Ausführungen exemplarisch zeigen lässt. »Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.«<sup>44</sup> Letztlich spricht Münkler lediglich offen aus, was implizit im europäischen Verfassungsvertrag, der Sicherheitsstrategie und im European Defence Paper angelegt ist. Denn für ihn bedingen die moralische Überlegenheit und die friedensfördernden Aspekte westlicher Ordnungsvorstellungen, dass den »Systemadministratoren«, ähnlich der Polizei im Inland, ein legitimes Gewaltmonopol in Gestalt ihres Militärs zukommt. Nur so könne die Ordnung aufrechterhalten und der »Sturz ins Chaos« verhindert werden: Krieg wird zu einer Frage der inneren Sicherheit umdefiniert.<sup>45</sup> In die gleiche Kerbe schlägt der Politikwissenschaftler Ulrich Menzel: »So wie in einem demokratischen Rechtsstaat hinter jedem Gesetz im Fall der Regelverletzung auch ein Polizist stehen muss, der das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen hat, so bedarf auch eine multilaterale, auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte verpflichtete Weltordnung der Macht, die diese Werte zu schützen bzw. durchzusetzen vermag.«<sup>46</sup>

Die logische Konsequenz hieraus ist, Staaten, die nicht wie gewünscht »funktionieren«, unter ein westliches Kuratel zu stellen, wie Menzel bestätigt: »Im Falle der ›Failed States‹ kann die Einrichtung von ›liberalen Protektoraten‹ erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen.«<sup>47</sup> Fast genauso klingt Mary Kaldor: »Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden.«<sup>48</sup> Tatsächlich ist es erschreckend, wie radikal derzeit alle Kapazitäten auf die Ausweitung des neoliberalen Modells und die hierfür erforderliche langfristige Besetzung angeblich fehlgeschlagener Staaten ausgerichtet werden.

## 7. Die Streitkräfte der Globalisierung

Da mit wachsenden Konflikten sowohl im Innern als auch mit Staaten der Peripherie gerechnet wird, die es gegebenenfalls zu »befrieden« gilt, verläuft die gegenwärtige Transformation der US-Streitkräfte in zwei Richtungen. Zum einen orientiert sie sich an dem Bedarf, jederzeit schnell und durchsetzungsfähig militärisch auf Krisen in der sich nicht-integrierenden Lücke reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen künftig zahlreiche kleinere Militärbasen (»lily

pads«) auf der ganzen Welt eingerichtet werden. Diese Basen verfügen über eine geringe Besetzung, aber ausreichend Kapazitäten für einen schnellen Ausbau im Bedarfsfall, weshalb sich hierfür Häfen und Flughäfen besonders eignen. Weiter wird den neuen Informationstechnologien zur Verbesserung von schneller Verlegefähigkeit und Waffenletalität (Tödlichkeit) hohe Bedeutung beigemessen.

Da die Administratoren nie wissen, wo sich der nächste Virus einschleicht, der bei rascher Verbreitung womöglich zu Systemversagen führen könnte, und angesichts der Tatsache, dass ihr neoliberales Weltwirtschaftsmodell anfälliger ist als jedes Bill-Gates-Produkt, ist die schnellstmögliche militärische Unterdrückung von Krisen und Konflikten das Hauptziel dieser Transformation. Hiermit wandelt sich das bisherige Stationierungskonzept der US-Streitkräfte erheblich: »Die strategische Funktion der Basen ändert sich damit fundamental. Sie besteht nicht mehr darin, das Gastland zu verteidigen, sondern die Standorte dienen als Sprungbrett für Militärinterventionen in Drittländern. [...] Die neuen Kasernen und die darin untergebrachten hochmobilen Kampfeinheiten sind der omnipräsente Ausdruck für die interventionistische Bush-Doktrin.«<sup>49</sup>

Diese eher traditionelle Aufgabe des Militärs wird derzeit, wie von Barnett nachdrücklich gefordert, um einen zweiten Aspekt ergänzt, der sich direkt aus der Erkenntnis ableitet, dass künftig der dauerhaften »Stabilisierung« (Kontrolle) eine ebenso große Bedeutung zukommt, wie dem eigentlichen militärischen Sieg: »Der Leviathan (Flugzeuge, intelligente Bomben) wird Angst und Entsetzen verbreiten, wie er es in Afghanistan und im Irak getan hat. Darauf wird die Systemadministrationstruppe (Militärpolizei, humanitärer Hilfe etc.) folgen, die das tun wird, worin wir im Irak versagt haben.«<sup>50</sup> Dieser Vorschlag wurde nun vom Pentagon mit der Direktive 3000.05 vom 28. November 2005 offiziell übernommen, die auf eine enge zivil-militärische Verzahnung setzt und die bisherige Aufgabenhierarchie radikal verändert: »Stabilitätsoperationen sind ein Kernbestandteil der amerikanischen militärischen Aufgaben. [...] Ihnen sollte eine vergleichbare Priorität wie Kampfoperationen eingeräumt werden.«<sup>51</sup> Kein Wunder, dass Barnett das Dokument begeistert als die »neue Pentagon-Systemadministrationsrichtlinie« bezeichnet.<sup>52</sup>

Aber nicht nur im Verteidigungsministerium werden derzeit nahezu sämtliche Kapazitäten der neoliberalen Logik Barnettscher Prägung angepasst. So werden Amerikas Schlapphüte mit der Nationalen Geheimdienststrategie vom Oktober 2005 strikt darauf verpflichtet, zur Förderung der Demo-

kratie – das beliebte Codewort für Neoliberalismus – beizutragen.<sup>53</sup> Im Rahmen einer grundlegenden Neuordnung der US-Entwicklungshilfe sollen Gelder künftig nur noch im Dienste dessen vergeben werden, was US-Außenministerin Condoleezza Rice in einer Grundsatzrede Anfang 2006 als »umgestaltende Diplomatie« (Transformational Diplomacy) bezeichnete. Zu deren Unterstützung wurde eigens ein Büro für Wiederaufbau und Stabilisierung eingerichtet, das laut Rice die Aufgabe hat, »einem gescheiterten Staat dabei zu helfen, verantwortungsvolle Souveränität auszuüben.«<sup>54</sup> Dazu gehört nach Selbstbeschreibung der von Befürwortern bereits treffend als »Kolonialbüro« titulierte Einrichtung, »Gesellschaften beim Übergang von Konflikten und Bürgerkriegen zu helfen, damit sie den nachhaltigen Weg hin zu Frieden, Demokratie und Marktwirtschaft einschlagen.«<sup>55</sup> Wer aber nicht im Sinne Washingtons verantwortlich handelt, der wird eben solange besetzt, bis er sich eines Besseren besinnt.

Dieselbe Umstrukturierung wie innerhalb der US-Armee lässt sich auch in der EU, respektive ihren Einzelstaaten beobachten. Die ESS benennt Ziele und Bedarf dieses Prozesses: »Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.« (ESS, S. 12) Die Aufstellung der in kürzester Zeit einsetzbaren EU-Battlegroups ist die logische Konsequenz des Bestrebens, militärisch eine Ausbreitung globalisierungsbedingter Armutskonflikte so rasch wie möglich wortwörtlich zu bekämpfen: »Das Battlegroups-Konzept ist die konzeptionelle und strukturelle Umsetzung des ›Out of Area‹-Konzepts der EU. Es dient der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU in Krisen, die – ohne ein militärisches Engagement – drohen, sich auszuweiten oder außer Kontrolle zu geraten.«<sup>56</sup>

Ebenso analog zu den Abläufen in den USA werden derzeit auch Überlegungen angestellt, wie die europäischen Kontrollkapazitäten drastisch verbessert werden können. Hierfür schlägt Mary Kaldor vor, dass sich die »Streitkräfte dahingehend umorientieren müssen, dass sie zu gemischt militärischen und polizeilichen Einsätzen befähigt werden. Solche Einsätze, bei denen es um die Erzwingung von Normen geht, werden sich nicht ohne den Gebrauch von Gewaltmitteln abspielen.«<sup>57</sup> In einer für Javier Solana verfassten Studie des Human Security Doctrine, präzisiert Kaldor ihre Vorstellungen, wie diese westlichen Protektoratstruppen genau aussehen sollen. Sie plädiert dort für den Aufbau einer zivil-militärischen Truppe aus

10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Verwaltern), die künftig unter der operativen Führung des Militärs die anvisierten EU-Protektorate organisieren soll. Damit geht eine groteske Verzerrung des Bildes der im Einsatz befindlichen Truppen einher: »Der Soldat wird dabei beispielsweise sowohl Krieger als auch Diplomat und Sozialarbeiter sein müssen. Dies macht Soldaten zu unschätzbaren Helfern im Kampf gegen Armut und Unterdrückung.«<sup>58</sup>

Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall. Denn wer »Sicherheit« und »Staatlichkeit« herbeibomben will, um Länder anschließend so lange unter die Schirmherrschaft westlicher Protektorate zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert damit lediglich den Teufelskreis aus Armut und Gewalt. Exakt dies ist aber die traurige Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des »Stabilitätsexports« verbirgt.<sup>59</sup>

## 8. Die NATO und das (neoliberale) Transatlantische Projekt

Das auf beiden Seiten des Atlantiks vorhandene Interesse, den »freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie«, sprich die westlich-kapitalistische Interessengemeinschaft, gegen Bedrohungen abzusichern, soll nach Vorstellung zahlreicher Sicherheitspolitiker die künftige Klammer für das westliche Bündnis und ihr ausführendes Organ, die NATO, darstellen. Schon lange bemüht man sich darum, die Allianz an die »neuen Herausforderungen anzupassen«, wie es so schön heißt: »Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, den die NATO [...] Anfang der 90er Jahre vorgenommen hat, wurde der Nord-Süd-Konflikt, der zweifellos viel mit fehlender globaler Gerechtigkeit und wachsender globaler Ungleichheit der Lebenschancen zu tun hat, als ein ›globales Sicherheitsproblem‹ re-interpretiert.«<sup>60</sup> Durch die Annahme der neuen NATO-Strategie auf dem Washingtoner Gipfel 1999 und den fast gleichzeitig begonnenen Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde die Transformation der NATO zu einem weltweit agierenden Kriegsbandnis der westlichen Demokratien weiter forciert.

Da Wohl und Wehe der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung vom Öl des Mittleren Ostens abhängt, spielt diese Region heute eine ähnlich zentrale Rolle wie früher Indien für das British Empire. Logischerweise ist man deshalb sehr darum bemüht, die dortigen Länder vorzugsweise informell über die Integration in das westliche Ordnungsmodell zu kontrollieren. Dabei ist man aber auch durchaus bereit, mit militärischer Gewalt nachzuhelfen. So forderte ein überaus einflussreicher Vorschlag, die NATO solle sich einem neuen »Transatlantischen Projekt« widmen, nämlich

der »Transformation des Mittleren Ostens«. Das Projekt solle »auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft.« Dies sei die einzige Möglichkeit, »die dem Terrorismus zugrunde liegenden Ursachen« zu bekämpfen, und beinhalte »zweifelloso auch eine militärische Komponente«, da die gesamte Region unter »einer Krise der Regierbarkeit leidet, die mit der Unfähigkeit seiner Staaten einhergeht, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen«. <sup>61</sup> Auch in Europa gibt es zahlreiche Befürworter einer solchen Politik. Dies spiegelt sich in einem Manifest namhafter transatlantischer Sicherheitspolitiker unter dem Titel »Das nächste transatlantische Projekt: Demokratieförderung von Nordafrika bis Afghanistan« wider. Bemerkenswert an diesem Manifest ist insbesondere der Vorschlag, das NATO-Programm »Partnerschaft für den Frieden«, das seit je her auch die Funktion hat, die Kooperationsländer neoliberal zuzurichten, auf den Großraum des Mittleren Ostens auszudehnen. <sup>62</sup>

Da sie auf den gleichen Bedarf zielen, werden auch die NATO-Truppen derzeit in bereits beschriebener Manier umstrukturiert. So wurde auf dem Prager Gipfel Ende 2002 die Aufstellung einer NATO Response Force (NRF) zur weltweiten Durchführung von Präventivkriegen beschlossen. Die NRF wurde bereits am 15. Oktober 2003 für einsatzbereit erklärt. Seither stehen 9.000 der bis Ende 2006 angestrebten 21.000 Soldaten zur Verfügung, die in kürzester Zeit zum Einsatz gebracht werden können. <sup>63</sup> Die Ziele dieser Truppe liegen auf der Hand: »Die NRF ist der sichtbare Ausdruck der neuen Doktrin des Interventionismus der reichen westlichen Staaten gegen den Rest der Welt. Sie ist mit den Worten des NATO-Oberbefehlshabers James Jones, »die ultimative und permanente Koalition der Willigen.« <sup>64</sup> Konsequenterweise fordert dann auch der im Februar 2006 erschienene Quadrennial Defense Review Report (QDR) des Pentagon den »Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten«. <sup>65</sup> Ungeachtet aller – sicherlich gravierender – innerimperialistischer Spannungen, dominiert also (derzeit noch) das gemeinsame Interesse an einer Ausbeutung des Südens. Es bestimmt sowohl Strategie- als auch konkrete Militärplanung auf beiden Seiten des Atlantiks.

### 9. Zwei Seiten einer Medaille: Globalisierung und Krieg

Mit der zuvor beschriebenen moralisch-sicherheitspolitischen Begründung westlicher Kriegspolitik werden Ursache und Wirkung auf perfide Art und Weise ver-



Schaubild II : Alternative Bedrohungsanalyse unter Berücksichtigung der Auswirkungen von Neoliberalismus und Armut

dreht. Mit anderen Worten, die amerikanischen und europäischen Sicherheitsstrategen machen den Bock zum Gärtner, indem sie die Ausweitung und Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zur Grundvoraussetzung für die Bekämpfung sowohl der Bedrohungstriade als auch der Armut in der Dritten Welt erheben.

Mit dieser Fokussierung auf militärische »Lösungsansätze« wird gleichzeitig systematisch die Sicht auf die eigentliche Ursache so genannter Globalisierungskonflikte verstellt, die sozioökonomische Desintegration als Folge neoliberaler Politik. In diesem Kontext muss dem unmittelbaren Zusammenhang von Armut (Neoliberalismus) und Krieg (fehlgeschlagene Staaten) das Hauptaugenmerk gelten. Selbst neue Studien der Weltbank kommen zu dem Schluss, dass das Ausmaß von Armut den bei weitem einflussreichsten Risikofaktor für die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt darstellt. <sup>66</sup> Dennoch zeigen weder die USA noch Europa auch nur die leiseste Bereitschaft, die neoliberalen Spielregeln der Globalisierung – inklusive der Ausbeutung der Dritten Welt durch die Industriestaaten – zu ändern und verweigern damit bewusst einem Großteil der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben. Deshalb verwundert es auch nicht weiter, dass zunehmend militärische Mittel zur Aufrechterhaltung und »Befriedung« (Kontrolle) benötigt werden, um die Folgen dieser Entscheidung in Form eskalierender Konflikte zu bekämpfen: »Die Mächte der kapitalistischen Ordnung versuchen die Unordnung, die in der Reproduktionsstruktur des glo-

balen Systems vor allem durch die Ökonomie erzeugt und durch den Markt externalisiert wird, unter Einsatz politischer und militärischer Macht zu beseitigen.«<sup>67</sup>

De facto wird hiermit genau das Gegenteil dessen erreicht, was angeblich das Ziel sein soll. Denn die daraus resultierenden Armutskonflikte haben maßgeblichen Anteil am Scheitern von Staaten, was gleichzeitig Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen schafft. Schließlich ist es »unbestreitbar, dass die Prediger von Hass und Fanatismus in Gesellschaften mit wachsender Verelendung, Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit einen fruchtbaren Nährboden finden – eine Einschätzung, die sogar der Bundesnachrichtendienst teilt.«<sup>68</sup> In diesem Zusammenhang ist die Überlegung, dass sich die von der neoliberalen Globalisierung objektiv Benachteiligten irgendwann einmal wehren werden, ebenso nahe liegend wie deren Ziel: die Systemadministratoren in Washington und Brüssel.

Noch weiter verschärft wird diese westliche Rekrutierungshilfe für terroristische Organisationen durch das offensichtliche Bestreben, militärisch ressourcenreiche Schlüsselregionen zu kontrollieren. Dies verstärkt nicht nur die Wahrnehmung vom ausbeuterischen, ausschließlich egoistischen Interessen folgenden Westen, sondern erhöht auch die Proliferationsproblematik. Denn es liegt auf der Hand, dass die permanenten westlichen Interventionsdrohungen viele Staaten dazu veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht Massenvernichtungsmittel die einzige Möglichkeit sind, solchen Angriffen vorzubeugen.

Deshalb ist es dringend notwendig, die dominierende sicherheitspolitische Analyse vom Kopf auf die Füße zu stellen (siehe Schaubild 2). Eine effektive Lösung globalisierungsbedingter Konflikte kann nur erreicht werden, wenn nicht militärisch Symptome bekämpft, sondern an den Ursachen angesetzt wird: »Worauf es letztlich ankommt, erklärte der kanadische Ökonom Robert Wade sechs Monate vor dem 11. September 2001 im »Economist«: »Die Welt teilt sich zusehends in eine Zone des Friedens und eine Zone des Aufruhrs. So entsteht eine Menge von arbeitslosen und zornigen jungen Leuten, denen die neuen Informationstechnologien die Mittel verleihen, nicht nur die Stabilität der Gesellschaften zu bedrohen, in denen sie leben. Irgendwann werden sie auch die Stabilität der Staaten aus der Wohlstandszone erschüttern.« Früher oder später, so forderte Wade, müsse darum »die Verteilungsfrage auf die Weltagenda gesetzt« werden. Dieser Zeitpunkt ist nun gekommen.«<sup>69</sup> Selbst Ex-EU-Außenkommissar Chris van Patten räumt ein, »dass es eine Beziehung gibt zwischen globaler Ungerechtigkeit, dem Zusammenbruch von Ländern sowie Ge-

walt und Instabilität und Terror.«<sup>70</sup> Die Schlussfolgerung hieraus muss deshalb lauten, dass das Schließen der »Lücke« nicht durch militärische Interventionen, sondern nur durch die Abkehr vom neoliberalen Projekt und kapitalistischer Interessenpolitik erreicht werden kann. In diesem Sinne ist beispielsweise ein bedingungsloser Schuldenerlass ein sinnvoller erster Schritt und der wahre sicherheits- wie auch entwicklungspolitische Imperativ.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: Neoliberal Geopolitics, in: Antipode, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897, S. 887.

<sup>2</sup> Vgl. Brand, Ulrich: Globalisierung als Projekt und Prozess, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 3-7.

<sup>3</sup> Vgl. für aktuelle Zahlen Garnreiter, Franz: Die Enteignung des Südens, isw-Report 65 (April 2006); Siehe beispielsweise auch Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002; und Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The »Real« History of Free Trade, PPIF, Special Report, Dezember 2003.

<sup>4</sup> In der aktuellen Version der Sicherheitsstrategie vom März 2006 finden sich ähnliche Sätze, beispielsweise auf Seite 27.

<sup>5</sup> Duchrow, Ulrich: Der Gott der EU-Verfassung, in: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Heft 5/6/2004.

<sup>6</sup> Serfati, Claude: Militarismus: der bewaffnete Arm der Globalisierung, in: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004, 21-59, S. 39.

<sup>7</sup> Pöcher, Harald: Globalisierung: Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, in: ÖMZ 2/2006, S. 181-186, S. 184f.

<sup>8</sup> Köhler, Horst: Wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 11.2.2005.

<sup>9</sup> Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft, Pressemitteilung, Berlin, 10.2.05, URL: [http://www.bdi-online.de/Dokumente/Internationale-Markte/NMI-PM\\_13-05.pdf](http://www.bdi-online.de/Dokumente/Internationale-Markte/NMI-PM_13-05.pdf) (eingesehen 3.10.05).

<sup>10</sup> Thumann, Jürgen R.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005. Hervorhebung J.W.

<sup>11</sup> Serfati 2004, S. 24.

<sup>12</sup> Köhler 2005.

<sup>13</sup> »Die neuen Kriege werden von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch kulturellen Gegensätzen sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten.« Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 16. Vgl. auch Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege: organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main 2000.

<sup>14</sup> Münkler 2002, S. 135.

<sup>15</sup> Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/99, S. 984-990, S. 987.

<sup>16</sup> McNamara, Robert S./Blight, James G.: Wilson's Ghost: Reducing the Risk of Conflict, Killing, and Catastrophe in the 21st Century, New York 2001, S. 153.

<sup>17</sup> Barnett, Thomas: The Pentagon's New Map, New York 2004, S. 146.

<sup>18</sup> Auch George W. Bush schreibt im Vorwort zur Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2002, S. 4: »Dennoch können Armut, schwache Institutionen und Korruption schwache Staaten anfällig für Terrornetzwerke und Drogenkartelle machen.«

<sup>19</sup> Barnett 2004, S. 8.

<sup>20</sup> Ebd., S. 168.

<sup>21</sup> Barnett, Thomas: Die neue Weltkarte des Pentagon, Frankfurter Rundschau, 25.6.2003.

<sup>22</sup> Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: Neoliberal Geopolitics, in: Antipode, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897 S. 893.

<sup>23</sup> Friedman, Thomas L.: Globalisierung verstehen, München 2000, S. 570f.

<sup>24</sup> Barnett 2003.

<sup>25</sup> Lieberman, Joseph I.: Interrelation of Economic Development and Security, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 12.2.2005.

<sup>26</sup> Vgl. Barnett 2004, S. 154.

<sup>27</sup> Laut Cebrowski basiert die Umstrukturierung des US-Militärs »primär auf der Arbeit meines Assistenten für strategische Zukunft, Dr. Tom Barnett.« Vgl. Cebrowski, Arthur, Speech to the Heritage Foundation, 13.5.2003, <http://www.defensedaily.com/reports/cebrowski.pdf> (eingesehen 7.3.05), S. 1.

<sup>28</sup> Ebd., S. 4.

<sup>29</sup> Barnett 2004, S. 176.

<sup>30</sup> Fitschen, Patrick: Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.7.03, S. 3

<sup>31</sup> Münkler 2003, S. 227.

<sup>32</sup> Cameron, Fraser: Europas neue Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, 1/2004, S. 39-50, S. 42.

<sup>33</sup> Cooper, Robert: The Post-Modern State, in: Leonard, Mark (ed.): Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20, S. 18.

<sup>34</sup> Ebd., S. 16.

<sup>35</sup> Zit. nach Roberts 2003, S. 893f.

<sup>36</sup> Kagan, Robert: Power and Weakness, in: Policy Review, June-July 2002.

<sup>37</sup> Fearon, James D./Laitin, David D.: Neotrusteeship and the Problem of Weak States, in: International Security, Vol. 28, No. 4 (Spring 2004), S. 5-43, S. 7.

<sup>38</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 15/3181, 15. Wahlperiode, 19.4.2004, S. 3.

<sup>39</sup> Mertes, Michael: Transatlantische Anti-Terror-Politik, in: Die politische Meinung, 2/2003, S. 5-9, S. 6.

<sup>40</sup> Boot, Max: The Case for American Empire, The Weekly Standard, 15.10.2001.

<sup>41</sup> Boot zit. nach Daalder, Ivo H./Lindsay, James M.: American Empire, Not »If« but »What Kind«, New York Times, 10.5.2003.

<sup>42</sup> Dumoulin, André, u. a.: European Defence – A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, Paris, May 2004, S. 13.

<sup>43</sup> Posener, Alan: Empire Europa, in: IP (Januar 2006), S. 60-67, S. 60, 67.

<sup>44</sup> Münkler, Herfried: Das imperiale Europa, in: Die Welt, 29.10.2004.

<sup>45</sup> Vgl. Münkler, Herfried: Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2004, S. 22-37, insbes. S. 23.

<sup>46</sup> Menzel, Ulrich: Comeback der drei Welten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2003, S. 1453-1462.

<sup>47</sup> Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.8.2003.

<sup>48</sup> Kaldor 2000, S. 211.

<sup>49</sup> Piper, Gerhard: US-Kasernen auf Wanderschaft, in: ami, 7-8/2003, S. 47-56, S. 55f.

<sup>50</sup> Zit. nach Barone, Michael: Thomas Barnett's Blueprint for Action, USNEWS, 15.11.2005.

<sup>51</sup> Department of Defense: Military Support for Stability, Security, Transition, and Reconstruction (SSTR) Operations, DIRECTIVE NUMBER 3000.05, November 28, 2005, S. 2.

<sup>52</sup> Barnett, Thomas: The new DOD SysAdmin directive, URL: [http://www.thomas\\_pmbarnett.com/weblog/archives2/002754.html](http://www.thomas_pmbarnett.com/weblog/archives2/002754.html) (eingesehen 10.4.06).

<sup>53</sup> Vgl. The National Intelligence Strategy of the United States of America, October 2005.

<sup>54</sup> Rice, Condoleezza: Transformational Diplomacy, Washington, DC, January 18, 2006. Vgl. auch Weinstein, Michael: Condoleezza Rice Completes Washington's Geostrategic Shift, PINR-Report, February 2006.

<sup>55</sup> Department of State: About S/CRS, URL: <http://www.state.gov/s/crs/c12936.htm> (eingesehen 10.4.2006); Ig-

natius, David: The colossus ponders a Colonial Office, Daily Star, May 19, 2005.

<sup>56</sup> Kempin, Ronja: Frankreich und die EU-Battlegroups, Stiftung Wissenschaft und Politik, Diskussionspapier, Stand 17.5.2004.

<sup>57</sup> Kaldor 2000, S. 198.

<sup>58</sup> Pöcher 2006, S. 185.

<sup>59</sup> Vgl. bspws. Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2006), S. 15-17.

<sup>60</sup> Mahnkopf, Birgit: Neoliberale Globalisierung und Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2004, S. 47-57, S. 50.

<sup>61</sup> Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.: The New Transatlantic Project, in: Policy Review, October-November 2002.

<sup>62</sup> Vgl. Das nächste transatlantische Projekt. Demokratieförderung von Nordafrika bis Afghanistan, in: Internationale Politik, 4/2004, S. 84-88.

<sup>63</sup> NATO inaugurates rapid-reaction military unit, International Herald Tribune, 16.10.2003.

<sup>64</sup> Haydt, Claudia: NATO Response Force – Die ultimative Koalition der Willigen, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 21.

<sup>65</sup> QDR 2006, February 6, 2006, S. 83; Vgl. auch Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: Needed – A NATO Stabilization and Reconstruction Force, Defense Horizons No. 45 (September 2004); und Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005).

<sup>66</sup> World Bank: Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003. Vgl. hierzu ausführlich Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen: Globalisierung und Krieg, Hamburg 2003, S. 7-25.

<sup>67</sup> Mahnkopf 2004, S. 52.

<sup>68</sup> Schumann, Harald: Die wahren Globalisierungsgegner, in: ApuZ, B13-14/2003, S. 24-30, S. 24.

<sup>69</sup> Ebd., S. 30.

<sup>70</sup> Prestowitz, Clyde: Schurkenstaat: Wohin steuert Amerika?, Düsseldorf 2004, S. 291.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 56-80).

Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler, geschäftsführender Vorstand der Informationsstelle Militarisation, Redaktionsmitglied von Wissenschaft und Frieden und u.a. Autor des Buches »Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor«, Hamburg 2002.



**Informationsstelle  
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)

**Wir fordern:**

**Soziale Sicherheit statt  
militärische Großmachtspolitik!**